Schlesische Zeitung

Nr. 562 Abendblatt Donnerstag, 30. November 1922 Verlag von Wilh. Gottl. Korn Einzelpreis 5 Mk.

Das Echo der Pariser Fanfare.

* Die Pfänderpolitik Frankreichs, die Dariac, Loucheur und zuletzt Poincaré mit drohenden Keulenschwingen ankündigten, hat im Rheinlande begreifliche Erregung geschaffen. Der Niederschlag der Stimmung ist aber anders, als es die Pariser Chauvinisten vielleicht erwartet haben. Aus allen Kreisen der Bevölkerung kommen Kundgebungen, daß das Rheinland deutsch ist und deutsch bleiben will.

Das Bezirkskartell Köln der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht eine Kundgebung, in der es u. a heißt: Die vorgesehene Lösung des gesamten Wiederherstellungsproblems wird den imperialistischen Machthabern nicht die gewünschten Erfolge bringen. Die Zeit ist vorbei, in welcher über das nationale Geschick großer Teile eines Volkes allein von den Machthabern entschieden wird. Ohne den Willen des arbeitenden Volkes am Rhein gibt es auch keine Lösung aller der Fragen, die bisher aufgeworfen sind. Diese Tatsachen werden für unsere zukünftige gewerkschaftliche Politik stets zielweisend sein. Unsere gesamte Tätigkeit wird erst recht in den Stunden der Gefahr getragen sein von der Treue zum gesamten Volke. Die Mitglieder der Gewerkschaftsorganisationen im Kölner Bezirk werden auf der Wacht sein.

In Godesberg hat eine von fast allen Parteien stark besuchte Versammlung nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Professor Moldenhauer über die neuesten französischen Drohungen einstimmig eine Entschließung angenommen, in der das Treugelübde zum deutschen Vaterland erneuert und der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß jeglicher Parteihader nun verschwinde und alle Parteien sich in der einzigen Kundgebung zusammenfinden werden: Wir halten fest am deutschen Rhein! Deutschland, Deutschland über alles!

Der Vorstand des Ortsausschusses Köln des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm eine Entschließung an, daß die fortgesetzten Drohungen der französischen Regierung sowie die Pläne auf Abtrennung des Rheinlandes, Durchsetzung des Gebietes mit französischen Beamten und Besetzung des Ruhrreviers bei der Arbeiterschaft die schärfste Entrüstung ausgelöst hätten.

Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen ladet auf den 19. Dezember d. J. zu einer Kundgebung in Essen ein. Diese bezweckt die Abgabe einer Erklärung, daß in der Forderung des Verbleibens der Rheinlande beim Deutschen Reich der Westen aus politischen, wirtschaftlichen und ethischen Gründen einmütig zusammensteht. Es werden führende Männer des Wirtschaftslebens aus dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet und voraussichtlich auch Vertreter der Gewerkschaften sprechen.

Der Gesetzgebungsausschuß des hessischen Landtages nahm folgende Entschließung einstimmig an: „Wir legen feierlichst Verwahrung ein gegen die neuerliche Gefährdung des besetzten Gebiets durch die imperialistischen Absichten der französischen Regierung. Der Ausschuß erblickt in den von der französischen Regierung halbamtlich bekanntgegebenen Plänen des französischen Minister- und Kriegsrates einen Bruch des Versailler Friedensvertrages und des von den Alliierten immer verkündeten Völkerselbstbestimmungsrechtes. Der Ausschuß fordert die Staatsregierung auf, bei der Reichsleitung alle Kräfte dafür einzusetzen, um die drohende völlige Absperrung des besetzten Gebietes durch die Politik Poincarés und die Besetzung des Ruhrgebietes abzuwenden. Den bedrohten Volksgenossen des besetzten Gebietes sendet der Ausschuß Grüße der Not und der Treue."

Im Ententelager macht das Säbelrasseln Poincarés ersichtlich einen unangenehmen Eindruck. Das amerikanische Staatsdepartment teilte, wie unser Pariser Sonderberichterstatter meldete, mit, daß trotz der Wünsche der Regierung, die amerikanischen Truppen aus dem Rheinlande zurückzuziehen, diese aus wichtigen Gründen, die mit den auswärtigen Angelegenheiten in Zusammenhang stehen, zurzeit am Rheine bleiben sollen. Der Korrespondent der „Daily Mail" in New-York bemerkt zu der offiziellen Mitteilung, daß man diese mit den Beschlüssen über das Ruhrgebiet in Zusammenhang bringe, die aus Paris berichtet wurden.

Der Ernst der Lage gibt sich natürlich auch in allerlei Gerüchten kund. So hieß es, die deutsche Regierung hätte von der französischen Regierung eine Note erhalten, in der mitgeteilt werde, daß, wenn die Lösung der Reparationsfrage nicht durch die Vorschläge der deutschen Regierung sichergestellt werde, die französische Regierung sich Pfänder verschaffen werde. Der Pariser „Temps" bezeichnet das Gerücht als unbegründet. Die französische Regierung habe eine derartige Note nicht nach Berlin abgehen lassen.

Auch über die Antwort der Reparationskommission auf den deutschen Reparationsplan vom 14. November sind Gerüchte im Umlauf. Eine Pariser Meldung besagt, die Note werde in diesen Tagen erfolgen. Sie solle mit Rücksicht auf die Besprechungen der alliierten Minister und die Brüsseler Konferenz lediglich formeller Art sein. Die sachliche Entscheidung werde die Kommission den alliierten Regierungen überlassen. Dadurch erledigt sich die im Handelsteil der heutigen Morgennummer erwähnte Berliner Börsenmeldung, die wohl nur auf ein Devisenmanöver zurückzuführen ist.

Andererseits scheinen die französischen Treibereien den Abbau der Militärkontrolle über Deutschland ungünstig beeinflussen zu wollen. Nach der „Times", die allerdings als häufig benütztes Sprachrohr französischer Interessen keine einwandfreie Quelle ist, sollen die alliierten Regierungen „infolge des von Deutschland gezeigten Wiederstandes" beschlossen haben, keine Zurückziehung oder Umformung der Militärkontrollkommission stattfinden zu lassen. Alle Verhandlungen über ihren Ersatz durch kleine Garantieausschüsse seien zunächst abgebrochen worden.

Die Haltung des neuen Reichskabinetts ist durch die Regierungserklärung des Reichskanzlers Cuno vorgezeichnet. Er hat bekanntlich mit Absicht und in Kenntnis der französischen Pläne, von verantwortlicher Stelle aus die Worte Rathenaus über die Rheinlandfrage wiederholt: „Die Reichsregierung wird niemals bereit sein, besetztes deutsches Gebiet preiszugeben, seine Befreiung zu gefährden oder auch nur um einen Tag hinausschieben zu lassen!" Und Dr. Cuno fügte hinzu: Eindringlicher als alles andere mahnt die Sorge um deutsches Land am Rhein zu tiefster Einmütigkeit der Gesinnung.

Auch vom Reichstag wird man erwarten dürfen, daß er sich in der gefahrvollen Stunde auf seine nationale Pflicht besinnt. Im Lande selbst wird es nur eine Stimme geben: Hände weg vom Rheinland!

Eine Erfüllungskonferenz müßte nun, da wir wissen, was die Friedenskommödianten mit Deutschland vorhaben, einberufen werden. Alle die Herren, die sich um das Wohl Deutschlands und wohl auch um das eigene gesorgt haben, seit die Revolution uns in die Hände unerbittlicher, hochmütiger feindlicher Emporkömmlinge gab, der Franzosen, sollten ihre Sprüche neu herbeten, ihre Verheißungen neu zum Besten geben müssen, damit eine kleine Rechnung angestellt werden kann. Vom Lächeln im Walde zu Compiègne bis zur Rede Poincarés wäre da ein Fazit zu ziehen zum Schutze der Republik! . . .

*

§§ Die für Donnerstag vormittags 10 Uhr angesetzte Sitzung des auswärtigen Ausschusses des Reichstages fällt aus. Ein neuer Zeitpunkt ist noch nicht bestimmt.

Weitere Kohlenpreiserhöhungen.

Die Lohn- und Materialpreiserhöhungen zwangen die Organe der Kohlenwirtschaft, wie aus Berlin gemeldet wird, zu weiteren Kohlenpreiserhöhungen, die am 1. Dezember in Kraft treten, zu schreiten. Die beschlossenen Erhöhungen betragen je Tonne:

Für rheinisch-westfälische Fettförderkohle 5737 Mark, für Sachsen durchschnittlich 8149 Mark, für Niederschlesien 7318 Mark, für Aachen-Eschweiler 6478 Mark, für Aachen-Nordstern 7395 Mark, für Niedersachsen-Barsinghausen 7377 Mark, für Ibbenbühren 6708 Mark, für rheinische Braunkohle 919,30 Mark, und Briketts 3264 Mark, Mittelsachsen für Braunkohle 1275,30 Mark und Briketts 3558 Mark. Einbegriffen in diese Zuschläge ist eine Erhöhung der sozialen Beiträge um 46 Mark. Die Zuschläge für Bergarbeiter-Heimstätten steigen um 48 Mark auf 120 Mark je Tonne, während die Lebensmittelzuschläge von 2 Mark künftig wegfallen.

Das Ausmaß der Preiserhöhungen wurde nach den beigebrachten Unterlagen wesentlich mehr durch die Steigerung der Holz- und Materialienpreise als der Löhne verursacht. Nach eingehender Erörterung, in der von allen Seiten die ernste Sorge über die Wirkung dieser neuen starken Kohlenpreiserhöhung Ausdruck fand, erfolgte die Zustimmung schließlich gegen die Stimme eines Arbeitnehmers und der Kohlenverbraucher.

Die neuen Postgebühren.

Der Verkehrsbeirat der Reichspostverwaltung genehmigte die neue Vorlage über die Post-, Telegramm- und Fernsprechgebühren. Danach würden ab 15. Dezember u. a. folgende Sätze gelten:

Postkarten im Ortsverkehr 5 Mk., im Fernverkehr 15 Mk.; Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 10 Mk., bis 100 Gramm 15 Mk., bis 250 Gramm 25 Mk., im Fernverkehr bis 20 Gramm 25 Mk., bis 100 Gramm 35 Mk., bis 250 Gramm 45 Mk.; Drucksachen bis 1 Kilo 5 Mk., in den höheren Gewichtsstufen bis 45 Mk.; Geschäftspapiere, Warenproben und Mischsendungen nach Gewicht von 25 Mk. bis 45 Mk.; Pakete bis 20 Kilo in der Nahzone 125 Mk., in den höheren Gewichtsstufen bis zu 850 Mk., in der Fernzone 250 Mk. bis 1700 Mk.; Postanweisungen bis zum Werte von 20 000 Mk. von 12 Mk. ansteigend bis 80 Mk.; Postscheckgebühren für Bareinzahlungen mit Zahlkarte bis 20 000 Mk. von 6 Mk. bis 40 Mk., für jede weiteren angefangenen 10 000 Mk. 20 Mk. mehr. Der Verkehrsbeirat erklärte sich damit einverstanden, diese Sätze ab 15. Januar weiter zu erhöhen, dagegen sprach er sich gegen die neuen Fernsprechgebühren aus und erklärte sich nur damit einverstanden, daß ab 1. Januar die Grund- und Gesprächsgebühren an Stelle des bisherigen Zuschlages mit einem solchen von 2000 Prozent berechnet werden. Für das gewöhnliche Telegramm auf allen Entfernungen wird erhoben eine Grundgebühr von 40 Mk. und eine Wortgebühr von 20 Mk., bei Orts- und Pressetelegrammen die Hälfte. Die Auslandsgebühren sollen betragen: Briefe bis 20 Gramm 80 Mk., für jede weiteren 20 Gramm 40 Mk.; Postkarten 50 Mk.; Drucksachen für je 50 Gramm 15 M.

Die Gebührenvorlage geht nunmehr dem Reichsrat und dem Reichstagsausschuß zu.

Die Vorbesprechungen in London.

* Paris, 30. November. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die Vorkonferenz der Premierminister wird Anfang Dezember in London stattfinden. Sie wird, wenn Mussolini die ihm zugesandte Einladung annehmen sollte, woran kaum zu zweifeln ist, den Charakter einer Tagung des Obersten Rates haben. Man vermutet, daß Poincaré in London versuchen werde, das englische Kabinett zu bewegen, die Balfournote fallen zu lassen und auf Rückzahlungen der französischen Kriegsschulden in gewissen Maße zu verzichten.

Das englische Kabinett hat sich bisher mit einzelnen Andeutungen, wie es dieser Frage näher treten wolle, begnügt. Irgend welche Beschlüsse scheinen aber nicht gefaßt zu sein, doch hat man den Eindruck, daß es Bonar Law am liebsten wäre, wenn man das Reparationsproblem einstweilen nicht endgültig entscheiden würde und wenn man die Brüsseler Konferenz über Weihnachten verzögerte. Denn vor allem möchte er warten, welchen Verlauf die Besprechungen nehmen werden, die der neue Schatzkanzler Stanley Baldwin im Laufe des Dezember in Washington abhalten wird. Bei diesen Besprechungen wird Baldwin versuchen, von der amerikanischen Regierung die Zusicherung zu erhalten, daß diese, wenn sie zunächst nicht auf die Rückzahlung des Kapitals und der Zinsen der englischen Kriegsschulden verzichten wolle, doch mindestens eine angemessene Zahlungsfrist gewähre. Es machte in London großen Eindruck, und darauf führt man das neuerliche Sinken des Franks in New-York und London zurück, daß Pierpont Morgan endgültig darauf verzichtet hat, Europa finanziell zu unterstützen. Diese Tatsache rief einen höchst ungünstigen Eindruck auf allen Weltfinanzmärkten hervor. Die Projekte, die Poincaré nunmehr zugeschrieben werden, führten in Wallstreet dazu, daß man jedes Vertrauen in den bevorstehenden Wiederaufbau Europas verlor.

Über die Dauer der Londoner Konferenz läßt sich nichts Bestimmtes sagen. Ursprünglich waren zwei Tage in Aussicht genommen, aber man glaubt bereits jetzt, daß man mit den Beratungen über die Kohlenfrage nicht zu Ende kommen werde, zumal wenn Poincaré seine weitgehenden Pläne vortrüge, die er durchführen will, falls er bei den Alliierten keine Zustimmung zu seinen Absichten in der Frage der Regelung der Reparationszahlungen für 1923 fände. In Frankreich wird neuerdings erklärt, daß Poincaré kein unbedingter Anhänger der Zwangsmaßnahmen sei. Zunächst wird er versuchen, ob er die Zustimmung der Alliierten zu seinem Reparationsplan bekommt. Und nur, wenn dies nicht der Fall wäre, würde er mit Gewalt gegen Deutschland einschreiten.

Die Reparationskommission ist im Augenblick sichtlich in großer Verlegenheit. Sie weiß nicht, was sie beginnen soll und wartet ab, was die alliierten Regierungen eigentlich beginnen wollen. Von der viel gerühmten Souveränität der Reparationskommission, die Poincaré ebenfalls bei seinem Amtsantritt betont hatte, ist man heute weiter denn je entfernt.

Die Athener Schandtat.

* Paris, 30. November. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Einer Athener Meldung des „Matin" zufolge hat der König von Griechenland energische Anstrengungen gemacht, um die Hinrichtung der früheren Minister zu verhindern. Er habe sogar den südslawischen und rumänischen Gesandten gebeten, zugunsten der Verurteilten vorstellig zu werden. Daraus habe sich ein Konflikt zwischen dem König und der Regierung Gonatas ergeben. Nach der Hinrichtung wünsche der König Griechenland zu verlassen. Aber die Regierung verweigerte ihm die Erlaubnis und traf Maßnahmen, um ihn am Verlassen des Palais zu verhindern. **Der König ist gegenwärtig Gefangener in seinem Palaste;** er hat nicht das Recht, andere Personen zu sehen, als die Regierung ihm zu sehen gestattet. Wenizelos scheint einstweilen seine Demissionsabsichten in Lausanne nicht verwirklichen zu wollen; gestern erschien er allerdings nicht in der territorialen Kommission, sondern ließ sich durch den zweiten griechischen Delegierten vertreten. Lord Curzon scheint nicht geneigt zu sein, in Lausanne irgend welche Folgerungen aus der griechischen Schandtat zu ziehen. Auch die **italienische Regierung hat ihren Gesandten in Athen abberufen.** Das französische Kabinett hat nicht die Absicht, einen derartigen Schritt zu unternehmen, da man sich in die inneren Angelegenheiten Griechenlands überhaupt nicht einzumischen habe. Große Besorgnis herrscht in Londoner politischen Kreisen über das Schicksal des Prinzen Andreas von Griechenland, der mit der königlichen Familie von England verwandt ist. Eine gestern unter Vorsitz von Bonar Law abgehaltene Kabinettssitzung hat die durch die Hinrichtung der griechischen Staatsmänner geschaffene Lage eingehend erörtert.

w. London, 29. November. Bonar Law erklärte im Unterhause auf eine Anfrage, er habe keine Information bezüglich einer von dem früheren griechischen Premierminister vor seiner Hinrichtung abgegebenen Erklärung, daß die Griechen eine Ermutigung seitens des britischen Ministers des Äußeren und anderer britischer Minister erhalten hätten. Wenn Einzelheiten gegeben werden könnten, werde er ersuchen, den Schriftwechsel dem Hause vorzulegen und in Erwägung zu ziehen. Bonar Law bestätigte, daß der englische Gesandte die Weisung erhalten habe, von Athen abzureisen, da es sich nicht um die Tat einer Regierung handele, sondern um die eines revolutionären Ausschusses.

Die Lausanner Konferenz.

* Paris, 30. November. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Auf Weisung Mussolinis hat sich der italienische Delegierte in Lausanne Marquis Garroni der Anschauung Lord Curzons und Barrères angeschlossen, daß die russische Abordnung nur zur Erörterung der Meerengenfrage zugelassen werde. In diesem Sinne wurde an die russische Abordnung geschrieben; sie ist also von allen Beratungen, die nicht mit den Meerengen zusammenhängen, ausgeschlossen. Man scheint aber die Dinge durchaus nicht auf die Spitze treiben zu wollen, sondern beraumte bereits für morgen vormittag eine Sitzung der territorialen Kommission an, die sich ausschließlich mit der Meerengenfrage beschäftigen soll, sodaß also die Russen sofort Gelegenheit haben werden, in die Debatte einzugreifen. In der gestrigen Sitzung der territorialen Kommission wurde auf Grundlage des Berichtes der Unterkommission die Debatte über die Entmilitarisierung der Inseln im Ägäischen Meere fortgesetzt. Die türkische Abordnung erzielte dabei einen Erfolg, indem sie ihren Standpunkt durchsetzte, daß die Entmilitarisierung der Inseln mit der der Dardanellen in engstem Zusammenhange stehe, und daß beide Fragen gleichzeitig behandelt werden sollen. Lord Curzon erhob keinen Widerspruch, und es wurde im Sinne der türkischen Forderung entschieden. Dagegen hat Lord Curzon nicht zugelassen, daß, wie die Türken es gewünscht hätten, man auch über die Autonomie der Inseln verhandele. Er verwies darauf, daß Entmilitarisierung und Autonomie zwei grundverschiedene Dinge seien, die nichts miteinander zu tun hätten.

Der Studentenstreik in Wien.

Aus Wien, 28. November, wird der „Reichenberger Ztg." berichtet: Die Bewegung an den Wiener Hochschulen ergreift immer weitere Kreise. Heute wurde auch die Exportakademie wegen Zusammenstößen zwischen deutschnationalen und jüdischen Studenten gesperrt. Heute mittag empfing der Rektor der Wiener Universität, Hofrat Diener, eine Abordnung der deutschnationalen Studenten, welche die Forderung vorbrachte, daß in Zukunft nur 10 Prozent der Vortragenden Juden sein dürfen, und daß auch für die Hörerschaft ein „numerus clausus" in demselben Prozentverhältnis festgesetzt wird. Die Studentenschaft brachte auch eine Reihe von Beschimpfungen der deutschnationalen Studenten durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Eisler zur Sprache, der im Nationalrate anläßlich eines Zwischenfalles in Leoben die deutschnationalen Studenten als „Lausbuben" bezeichnet hatte. Weiter wurde ein Artikel in der „Wiener Sonn- und

Montagszeitung" angeführt, in welcher der Schriftsteller Tschuppik (derselbe, der unlängst in der „Börse" das Preußentum in gemeinster Weise beschimpft hat — Red. d. Schles. Ztg.) unter dem Titel „Die Rache des Trottels" das Vorgehen der Prager deutschnationalen Studenten sehr abfällig kritisiert hatte. Die deutschnationalen Studenten verlangten, daß sich die Vertreter der jüdischen Studenten entschuldigen, widrigenfalls die Rektorate der Wiener Hochschulen den jüdischen Studenten die Mißbilligung aussprechen mögen. Vor der Universität haben die deutschnationalen Studenten Streikposten aufgestellt. In einer Reihe von Plakaten, die in der Umgebung der Universität angeschlagen wurden, wird das Publikum über den Kampf der deutschnationalen Studenten aufgeklärt, der in der Tagespresse nur die großdeutsche „Deutsche Tagesztg." und die christlichsoziale „Reichspost" zur Verfügung stehen, während alle anderen, durchweg jüdisch geleiteten Blätter die Forderungen der deutschnationalen Studentenschaft leidenschaftlich bekämpfen.

Verschiedene Mitteilungen.

✱ **Daß der Attentatszauber,** der, wie erinnerlich, in der Reichstagssitzung vom 20. Oktober vom damaligen Reichskanzler Dr. Wirth und vom Reichstagspräsidenten Löbe zur Belebung des politischen Theaters vorgeführt wurde, ein Regiekunststück war, wird jetzt auch durch eine Mitteilung von zuständiger Stelle bestätigt. Berliner Zeitungen verzeichnen eine Auslassung des Oberreichsanwalts über seine in Berlin vorgenommenen Untersuchungen. Danach haben die Ermittelungen ergeben, daß die Angaben über den Attentatsversuch und seine Vorbereitungen nicht der Wahrheit entsprechen. Der verhaftet gewesene Kaufmann Schulze mußte wieder aus der Haft entlassen werden. Seine Äußerungen über das geplante Attentat beruhten anscheinend auf prahlerischer Großsprecherei. Eine amtliche Erklärung über diese Feststellungen, mit deren Bekanntgabe man offenbar aus zarter Rücksicht solange gewartet hat, bis die Blamage Herrn Dr. Wirth nichts mehr schadet, liegt allerdings bisher noch nicht vor.

§§ **Reichskanzlerrede beim Pressetee.** Reichskanzler Dr. Cuno hat die Einladung des Vereins Berliner Presse zu dem am Sonntag, 8. Dezember, nachmittags in der Wandelhalle des Reichstagsgebäudes stattfindenden Empfang und Konzert angenommen. Bei der Festsitzung im Plenarsitzungssaale wird der Kanzler das Wort ergreifen.

th. **Das neue Schankstättengesetz,** das dem Reichstage demnächst zugehen wird, bringt Maßnahmen zur Bekämpfung der Schlemmerei, Völlerei und Tanzwut und gibt den Polizeibehörden neue Rechte zur Einschränkung dieser Ausschreitungen. Die Konzessionspflicht, auch für den Tanz, wird neu geregelt und Übertretungen der Polizeiverordnungen können mit Schließung der Lokale bestraft werden. Die Tanzkonzessionen werden stark eingeschränkt. Zur Bekämpfung der Trunksucht werden den Gemeinden recht einschneidende Rechte verliehen. An Betrunkene und Kinder dürfen alkoholische Getränke überhaupt nicht verabfolgt werden.

tu. **Freispruch im Prozeß Franz.** Nach 13tägiger Verhandlung vor dem Berliner Schwurgericht wurde am Mittwoch das Urteil im Prozeß Franz verkündet. Die Geschworenen verneinten sämtliche 42 Schuldfragen. Franz und seine Frau wurden freigesprochen. Die Anklage lautete auf Notzuchtverbrechen, Freiheitsberaubung und Kuppelei.

Ill. **Der bayerische Forsthaushalt** schließt mit einer Reineinnahme von über 9 Milliarden Mark ab und ist damit zum Rückgrat der bayerischen Staatseinnahmen geworden.

tu. **Der württembergische Landtag** hat die Immunität des deutschnationalen Abgeordneten Bazille zwecks Durchführung eines Disziplinar- und Strafverfahrens wegen der von dem sozialistischen Abgeordneten Keil im Reichstag gegen ihn erhobenen Beschuldigungen aufgehoben. — Die Kommunisten Fausen und Baier sind aus der kommunistischen Partei ausgetreten und zu den Mehrheitssozialisten übergegangen.

— **Spaltung in der Postbeamtenschaft.** Der Bezirksverein Berlin des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten hat auf seiner Bezirkstagung die Gründung einer Allgemeinen deutschen Postbeamtengewerkschaft beschlossen, die dem freigewerkschaftlichen Allgemeinen deutschen Beamtenbund beitritt. Durch diese Neugründung ist, so wird aus Berlin gemeldet, eine Spaltung in der Postbeamtschaft eingetreten, die allem Anschein nach auch in anderen Städten sich fortsetzen wird.

§§ **Der Betrieb der Berliner Hoch- und Untergrundbahn** ist nach Beilegung des Streikes wieder aufgenommen worden.

— **Der Ausstand bei der badischen Anilin- und Sodafabrik** gewinnt an Ausdehnung, nachdem sich die Arbeiter von fünf weiteren Fabriken dem Ausstand angeschlossen haben.

— **Die Darmstädter Ausschreitungen.** Die Darmstädter Strafkammer verurteilte 15 Angeklagte wegen der Ausschreitungen vom 27. Juni (Verwüstung der beiden rechtsstehenden Zeitungen) zu Gefängnisstrafen von 10 Monaten bis 17 Jahren.

— **Wegen der Belästigung einer Ententekommission in Ingolstadt** hat die bayerische Regierung ein Verfahren eingeleitet, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

— **Die geplante Reise deutscher Industrieller in das zerstörte französische Gebiet** ist nach Berliner Meldungen bis auf weiteres aufgeschoben worden.

— **Stapellauf.** Für die Hamburg-Amerika-Linie ist auf der Deutschen Werft ein für den Rheindienst bestimmter Dampfer vom Stapel gelaufen, der den Namen „Düsseldorf" erhalten hat.

— **Zwei große Häutediebstähle** bei denen die Beute je einen Wert von 1½ Millionen Mark darstellte, wurden von der Berliner Polizei aufgeklärt. In dem einen Falle, der die Häuteverwertungsgesellschaft auf dem städtischen Schlachtviehhof betraf, wurden vier auf dem Schlachthof beschäftigt gewesene Arbeiter als Täter verhaftet. In dem anderen Falle wurde ein Hausverwalter und Spediteur verhaftet, der auch andere große Diebstähle verübt hat. Der Verhaftete legte ein Geständnis ab.

✱ **Die internationalen Bergarbeitergewerkschaften** haben der Reparationskommission den Standpunkt der Gewerkschaften bezüglich der Rückwirkung der deutschen Kohlenlieferungen für Reparationszwecke auf die allgemeine Lebenslage der europäischen Bergarbeiter dargelegt. Sie forderten, daß die Kommission die Möglichkeit ins Auge fasse, die Anschauungen der Vertreter der Bergarbeiterinteressenten (Eigentümer und Bergarbeiter) zur Kenntnis zu nehmen, sobald sie die Forderung Deutschlands, die Kohlenlieferung für Reparationszwecke zu vollziehen, studiere.

— **Unfreundliche italienische Maßnahmen gegen deutsche Schiffe.** Die Hamburger Reedereien haben Mitteilung erhalten, daß sämtliche italienischen Hafenbehörden von ihrer Regierung angewiesen worden sind, künftig von den deutschen Schiffen die doppelte Monatsrate an Gebühren zu erheben.

— **Die Vorlage über die irische Verfassung** ist vom Unterhause in dritter Lesung einstimmig angenommen worden. Darauf wurde vom Oberhause die erste formelle Lesung erledigt.

Wasserstandsnachrichten.

	28.	29.	30.			28.	29.	30.	
Ratibor	1,57	1,44	1,48	1,58	Breslau OP.	5,2	5,12	5,10	5,17
Cosel	0,86	0,54	0,73	1,00	Breslau UP.	−0,82	−0,96	−0,98	0,95
Krappitz	2,25	2,05	2,20	2,25	Ransern OP.	4,51	4,48	4,50	5,20
Neisse	−0,39	−0,42	—	—	Ransern UP.	3,36	3,20	3,10	3,40
„ Md. OP.	3,80	3,80	3,8	3,81	Dyhernfurth	2,60	2,38	2,35	2,41
„ Md. UP.	1,76	1,80	1,70	1,91	Steinau	+2,10	—	—	1,78
Brieg OP.	4,65	4,62	4,64	4,76	Fischcherzig	+1,83	—	—	1,50
„ Marienkran	2,73	2,54	2,60	2,74	Fürstenberg	+1,54	+1,49	—	1,11
Teschen	1,48	1,30	1,29	1,37	Temp. d. Oder 7 Uhr morg.				+1,0

Ausuferungshöhe für die Oder Ohle- und Schwarzwasser-Niederung Teschen 3,25

Wetternachrichten.

Trotzdem der Luftdruck wieder etwas angestiegen ist, ist das Wetter trübe geblieben, und weil sich bei Island eine neue Depression zeigt, die augenscheinlich näher rückt, so ist die etwa eintretende Aufheiterung als nur vorübergehend anzusehen; der Wind ist dabei veränderlich, nachher wieder etwas stärker.

Veränderlich, kälter, auch Regen oder Schnee.

Schlesien.

Die Tschechen im D-Zuge Oderberg - Berlin.

✱ In Nr. 513 d. Ztg. vom 1. November war über die Überfüllung des D-Zuges Oderberg—Breslau durch in Oderberg einsteigende tschechische Reisende und die Benachteiligung der auf deutschen Stationen zusteigenden deutschen Fahrgäste geklagt. Das Verkehrsamt der Stadt Breslau hatte den betreffenden Artikel der Reichsbahndirektion Breslau mit der Bitte um Abhilfe übersandt. Darauf ist seitens der Reichsbahndirektion Breslau folgende Antwort eingegangen:

Nach Vereinbarung mit der Reichsbahndirektion Oppeln wird in den beiden Kurswagen des D-Zuges 38 ab Oderberg die Hälfte der Plätze für die in Ratibor zusteigenden Reisenden freigehalten werden. Es muß abgewartet werden, wie sich diese Maßnahme bewähren wird. Außerdem war die Doppelführung des D-Zuges 38 zwischen Kandrzin und Breslau bereits angeordnet worden, so daß auf dieser Strecke der Platzmangel beseitigt ist. Wir hoffen, daß dadurch den Wünschen der deutschen Reisenden genügend Rechnung getragen ist.

Die Deutschen in den Warschauer Parlamenten.

✕ Die Vertreter des Deutschtums in den Warschauer Parlamenten haben sich zu einem Deutschen Klub zusammengeschlossen. Dieser zählt im Sejm 21 Mitglieder. Vorsitzender ist Landrat a. D. Naumann aus Bromberg, der Vorsitzende des Deutschtumbundes. Im Senat gehören dem Deutschen Klub fünf Mitglieder an. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Senats ist der oberschlesische Senator Szczeponik aus Kattowitz gewählt worden.

Vom oberschlesischen Handwerkerbund.

✱ Der bisherige Vorsitzende des oberschlesischen Handwerkerbundes, der Damenschneidermeister Gonsior in Beuthen, der, wie bekannt, zu den Führern der polenfreundlichen Richtung gehörte, die sich vor den Wahlen vorübergehend von dem Zentrum abgespalten hatte, hat sein Amt niedergelegt. In einer Besprechung des oberschlesischen Handwerks, die am Sonntag in Kandrzin stattfand, einigte man sich dahin, daß in allen Kreisen der Provinz Oberschlesien Kreishandwerkerverbände gegründet werden, deren Vorsitzende die Bundesleitung bilden. Ein Bundesvorsitzender wird nicht mehr gewählt.

[Versorgungsabteilung für Reichsangehörige in Polen.] Eine Versorgungsabteilung für Reichsangehörige in Polen ist beim Versorgungsamt Schneidemühl gebildet worden. Ausgenommen bleibt Ostoberschlesien. Für die Versorgungsangelegenheiten aller Reichsangehörigen in Polen sind das Versorgungsamt Schneidemühl und das Hauptversorgungsamt Stettin zuständig. Die Zuständigkeit des Versorgungsamts erstreckt sich auf die Anerkennung in Hinterbliebenensachen. Über die Berufung entscheidet das Versorgungsgericht Schneidemühl. Die Abteilung für Versorgung beim deutschen Konsulat in Posen wird aufgelöst. Gesuche über Aufenthaltsermittelungen, Staatsangehörigkeit, Beschaffung von Urkunden, Zeugenvernehmungen und Ansprüche, die nicht die Militärversorgung betreffen, werden nicht mehr von dieser Abteilung erledigt. Derartige Ersuchen sind an die deutschen Konsulate in Posen und Thorn, sonst an die Konsulatabteilung der deutschen Gesandtschaft in Warschau zu leiten.

[Unversiegelte Wertpakete bei der Post.] Die Wertgrenze für unversiegelte Wertpakete wird mit Wirkung vom 1. Dezember von 1000 Mk. auf 10 000 Mk. erweitert.

✕ **Kattowitz,** 29. November. Die Novembergehälter im Handelsgewerbe Ost-Oberschlesiens sind durch einen Schiedsspruch geregelt worden. Danach erhalten für den soeben abgelaufenen Monat u. a.: Lehrlinge 3750 bis 22 500 Mk., kaufmännische Angestellte vom 21. bis 27. Lebensjahre 35 000 bis 52 500 Mk., Angestellte der Gruppen II und III dazu noch Zuschläge von 5000 und 11 250 Mk. — In Niedobschütz, Kr. Rybnik, sind einige achtzig Zentner Kartoffeln erfroren und, weil zur menschlichen Ernährung nicht mehr geeignet, versteigert worden.

⊙ **Gleiwitz,** 29 November. Die oberschlesischen Kaffeehausbesitzer haben beschlossen, vom 30. d. M. ab folgende Preise festzusetzen: Für eine Tasse Bohnenkaffee, Schokolade oder Kakao in Konditoreien 60 Mk., in Kaffees ohne Musik 100 Mk., mit Musik 110 Mk., Tee mit Sahne 75, 85 und 95 Mk., Torten das Stück von 90 bis 135 Mk.

✱ **Breslau,** 30. November. **Von einem Auto totgefahren** wurde am 29. November abends 6½ Uhr auf der Höfchenstraße (Ecke Springerstraße) der 14jährige Knabe Karl Lier (Hubenstraße 18/22 wohnhaft), der mit seinem 13jährigen Bruder zusammen einen kleinen 4rädrigen Wagen schob, auf dem sie Kartoffelschalen und andere Abfälle in der Stadt zum Futter für ihre Kaninchen gesammelt hatten. Das Auto hat den großen Jungen umgerissen und ist ihm über den Kopf gefahren, der vollständig zerquetscht wurde. Zeugen des Vorfalls werden gebeten, sich im Polizeipräsidium Schuhbrücke 46, Zimmer 10, zu melden.

Handelsteil.

Berliner Dollarkurs: 8000—7650—7750.

Berliner Börsenruhetag.

Am Devisenmarkt unterlagen die Kurse heute infolge der unsicheren politischen Lage Schwankungen. Bezüglich der französischen Gewaltsdrohungen scheint die Auffassung beruhigender geworden zu sein. Doch verhielten sich Handel und Industrie im Hinblick auf die bevorstehenden Londoner Besprechungen reserviert. Von den fremden Plätzen waren keine wesentlichen Marktschwankungen gemeldet. Dollarnoten setzten ungefähr zu New-Yorker Parität der Mark mit 8000 ein, ließen dann aber auf 7650—7750 nach. Im freien Verkehr wurden genannt: 1 Pfund Sterling 37 500—35 250, 1 dän. Kr. 1575, 1 schwed. Kr. 2085, Polnische Noten 46½. Bei den Banken war der Auftragseingang nicht sehr groß. Die Stimmung war aber als fest anzusehen, doch lassen sich hieraus noch keinerlei Schlüsse über die morgige Effektentendenz ziehen. Gefragt waren Montanpapiere, Textilwerte und Porzellanaktien.

w. **Amsterdam,** 29. November. Wechsel auf London 10,42, Berlin 0,03,07½, Paris 17,52½, Schweiz 47,05, Wien 0,00 337½, Kopenhagen 51,60, Stockholm 68,20, Kristiania 46,75, Newyork 252½, Brüssel 16,17½, Madrid 38,80, Italien 12,07½, Prag 7,05—6,05, Helsingfors 6,25—6,50.

w. **London,** 29. November. Wechsel auf Paris 65,40, Belgien 70,75, Schweiz 24,50, Holland 11,12½, Newyork 452½, Spanien 29,41, Italien 95, Deutschland 367,50.

Produktenbörse.

Breslau, 30. November. **Amtlicher Stimmungsbericht.** Getreide: (Erzeugerpreise) Tendenz: Ruhiger, Gerste einiges Geschäft. Preise Gerste und Hafer nominell. Oelsaaten: Tendenz: Ohne Angebot. Preis nominell Kartoffeln: Tendenz: Bei ruhigem Geschäft Preise unverändert.

Tägliche Amtliche Notierungen: für 50 Kilogramm:

Getreide:	30.	29.	Oelsaaten:	30.	29.
Gerste. Sp.	12300—12800	12000—12500	Hanfsaat	—	—
„ Wint.	—	—	Leinsamen	—	—
Hafer	13000—13500	13000—13500	Mohn, blau	45000—48000	45000—48000
Hirse	—	12000—13000	Raps Wint.	—	19000—21000
Roggen	13000	13000	Senfsamen	—	—
Weizen	14000	14000			

Amtl. Notierung für 50 kg Montag u. Donnerstag.	30.	27.
Kartoffeln: Erzeugerpreis ab Verladestation	400	400

Fabrik-Kartoffeln 260—380 M.

Nichtamtlicher Bericht. An der heutigen Produktenbörse bewegten sich die Umsätze bei beruhigter Stimmung in engen Grenzen. Getreide blieb mäßig angeboten und wurde zu fast unveränderten Preisen wenig gehandelt. Weizen und Roggen fest. Gerste höher, Hafer unverändert. Hirse fest. Ölsaaten fast ohne Zufuhren geschäftslos. Senfsamen fast ohne Umsatz. Mohnsamen fest und gesucht. In Hanfsamen fehlte jedes Angebot. Leinsamen in feiner Saat fehlend und weit über Notiz bezahlt. Raps behauptet. Hülsenfrüchte wie Erbsen Bohnen, Wicken, Pferdebohnen, schwach angeboten, fest und gesucht. Lupinen beider Farben fehlen. Am Kleesaatenmarkt blieb das Angebot sehr klein, neue Saaten fehlen fast gänzlich. Rotklee, Weißklee, Schwedischklee wenig Geschäft zu höheren Preisen. Grassamen gesucht, ebenso Luzerne. Mais fest. Futtermittel ruhiger, auch für spätere Lieferung. Heu knapp angeboten bei hohen Forderungen. Stroh sehr fest und ohne Angebot. Kartoffeln ausreichend zugeführt bei unveränderten Preisen. Mahlprodukte ruhig.

New-York, 29. November. **Produktenbörse. Baumwolle.** Tageszufuhren 23000 Ausfuhr nach Großbritannien —. Ausfuhr nach d. Kontinent 22000.

	29.	28.		29.	28.		29.	28.
Baumwolle			**Petroleum**			**Weiz. roter**	137,00	134,50
Newyork loko	25,45	25,45	Refined	17,00	17,00	„ harter	133,00	134
New Orleans lok	25,2	25,25	Newyork	13,75	13,75	**Mehl**	5,75-6,25	5,75-6,25
Newyork Dez.	25,26	25,23	Crude Balances	3,00	3,00	**Kaffee loko**	11	11,00
„ Jan	25,28	25,25	**Schmalz**	12,75	13,37½	„ Dez.	9,93	10,00
„ Febr.	25,29	25,30	**Talg, spezial**	10	10,00	„ März	9,55	9,65
„ März	25,31	—	Zucker fob	5,73	5,73	„ Mai	9,20	9,34

w. Chicago, 29. November. Weizen fest, per Dez. 119½, Mai 117⅝. Mais fest, per Dez. 71¼, Mai 71, Schmalz per Jan. 10,35, März 10,30, Speck 11—13, Schweinezufuhr im Westen 134 000, davon in Chicago 24 000.

Bunte Chronik.

d. Anläßlich des Berliner Schauspielerstreiks fand im Garten des Berliner Zoo eine Versammlung der Streikenden statt, bei der sich diese überaus kampflustig gebärdeten. Unter den Spenden, welche den Streikenden gestiftet wurden, befinden sich auch solche von einem „armen Berliner Studenten" in der Höhe von 200 Mk., von einem Arbeiter (40 Mk.) und einer „Dame aus dem Publikum" (1000 Mk.). Bühnengenossenschaftspräsident Rickelt erklärte mit etwas komischem Pathos, er habe sich verpflichtet, auf nackten Knien in das Büro des Bühnenvereins zu rutschen und dort um eine Anstellung als Diener zu bitten, wenn dieser Kampf verlorengehen sollte." Heute aber schon könne er sagen, daß der Sieg errungen sei. Heftigen Angriffen sind die sogenannten Streikbrecher ausgesetzt, darunter das Ehrenmitglied der Genossenschaft, Albert Bassermann, von dem Präsident Wallauer erklärte, er gälte hier ebensoviel wie jeder kleine Schauspieler. Auch gegen verschiedene Berliner Theaterleiter wurde tüchtig losgezogen, so besonders gegen die Gebrüder Rotter, von denen Rickelt meinte, man werde „diesen Burschen das Handwerk legen." Geplant sind verschiedene Vorstellungen in Saallokalen unter Mitwirkung Prominenter. Der Bühnenverein andererseits, der kürzlich noch erklärte, er würde nicht eher in Verhandlungen eintreten, als bis der Streik von der Bühnengenossenschaft aufgehoben ist, soll jetzt zu Verhandlungen bereit sein, da der gegenwärtige Ausfall der Einnahmen für viele Theater geradezu katastrophal ist.

= Ein **bezeichnender Vorfall** wird aus Zweibrücken gemeldet: Vor einigen Tagen wurden Frau und Tochter des hiesigen französischen Bezirksdelegierten in der Dunkelheit von vier Marokkanern überfallen. Da die französische Besatzungsbehörde den Vorfall geheim hielt, konnte nur schwer Klarheit über die Angelegenheit gewonnen werden. Wie erst nachträglich aus dem Urteil des französischen Kriegsberichts hervorgeht, überfielen tatsächlich vier Marokkaner die beiden Französinnen in der Absicht, sie zu vergewaltigen. Sie wurden jedoch in ihrem Vorhaben gestört. Von den Tätern wurde ein Sergeant und ein Soldat zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und sofort nach Frankreich abtransportiert. Die Marokkaner entschuldigten sich damit, nicht gewußt zu haben, daß sie eine Französin vor sich hatten. Was etwa heißen soll, eine Französin zu vergewaltigen, würden sie nicht gewagt und sich deutsche Mädchen als Opfer erkoren haben. Die Tat, selbst wenn sie zur Ausführung gekommen wäre, hätte dann wesentlich mildere Richter gefunden; denn deutsche Mädchen sind ja für die Farbigen Freiwild, wie die Urteile in den Sittlichkeitsprozessen gegen die Farbigen erkennen ließen.

g. Ein **Prozeß wegen eines Buchstabens** wurde vorgestern vor einem Wiener Strafgericht geführt. Der Beschuldigte, ein Geschäftsmann, war eines Vergehens der Wachebeleidigung bezichtigt worden. Er hatte bei der Revision seines Geschäfts durch einen Wachmann diesem, als er sich entfernte, nachgerufen: „Aber l . . . . ." Der Wachmann erblickte in dem Zuruf des Buchstabens „l" eine Beleidigung, da das bekannte Zitat aus „Götz von Berlichingen" mit diesem Buchstaben beginne. Der Angeklagte beteuerte, daß er weder eine Beleidigung ausgesprochen, noch an eine solche gedacht habe. Der Verteidiger führte aus, daß sein Klient mit dem vom Wachmann bestätigten Zuruf vielleicht sagen wollte: „Aber lassen Sie mich in Ruhe." Was sich der Angeklagte gedacht habe, sei übrigens belanglos, da Gedanken zoll- und steuerfrei seien. Der Richter sprach den Angeklagten frei. Der staatsanwaltschaftliche Funktionär meldete gegen den Freispruch die Berufung an.

r. Aus München berichten dortige Blätter: Als kürzlich der in seiner Mehrheit rote Münchener Stadtrat den Neubau des deutschen Museums besichtigte, mußten die radikalen Stadträte zu ihrem Entsetzen sehen, daß vor dem Museum eine schwarz-weiß-rote Flagge gehißt war. Darüber große Aufregung in der nächsten Stadtratssitzung. Der Kommunist Weigel, der gegen das Hissen des schwarzen Sowjetlappens wohl nichts einzuwenden gehabt hätte, verstieg sich zu der albernen Behauptung, es werde im Auslande einen sehr schlechten Eindruck machen, wenn ein angeblich neutrales Institut wie das Deutsche Museum eine verflossene Reichsflagge oder Landesflagge aufziehe und dadurch dem berechtigten oder unberechtigten Haß neue Nahrung gebe. Bürgermeister Schmid gab eine Zuschrift des Direktors Geheimrates Dr. Oskar von Miller bekannt, worin dem Erstaunen Ausdruck darüber gegeben wurde, daß die seit 12 Jahren im Besitz des Museums befindliche Hausflagge mit dem Museumswappen (Eule mit Zahnrad) solche Entrüstung erregen konnte. Das Deutsche Museum müsse jeder politischen Auffassung mit gleicher Unparteilichkeit gegenüberstehen. Die roten Brüder haben nun ihren Beitritt als Mitglieder der Museumsgesellschaft rückgängig gemacht. Wozu sich das Deutsche Museum nur gratulieren kann!

Mitteilungen des öffentlichen Wetterdienstes.

30. Nov.	Temperatur heute früh	Max. seit 24 Std.	Min.	Wind	Niederschl.	Wetter	30. Nov.	Temperatur heute früh	Max. seit 24 Std.	Min.	Wind	Niederschl.	Wetter
Rosenthal	2,4	5,0	1,1	W 1/3	3,3	bedeckt	Schreiberhau	—	—	—	—	—	—
Beuthen OS.	0	2	0	N 0	6	bedeckt	Görlitz	2	6	−3	N 1	18	bewölkt
Hannichswerdt	—	—	—	—	—	—	Grünberg	2	5	1	NW 2	3	bedeckt
Friedland	0	3	−3	N 5	10	—							

Schneehöhe: Beuthen OS. 16 cm, Friedland 10 cm.

Schauspielhaus. Die Königin v. Montmartre.

Gesucht Taschenbuch **f. Eisenhüttenleute „Hütte".** Zuschr. u. G 89 Schl. Ztg.

In unser Handelsregister A ist am 27. November 1923 unter Nr. 488 die Firma Oswald Kaps in Oberlangenbielau und als deren Inhaber der Kaufmann Oswald Kaps in Oberlangenbielau eingetragen worden.
Amtsgericht Reichenbach i. Schles.

In unser Handelsregister Abt A Nr. 386 — Firma Otto Pohl, Sandmühle Liegnitz — ist heut eingetragen, daß den Kaufleuten Gerhard Pohl und Heinrich Scheurell, Liegnitz, Gesamtprokura erteilt ist.
Amtsgericht Liegnitz, den 26. November 1923.

In unser Handelsregister A ist am 27. November 1923 unter Nr. 489 die Firma Erich Schwarzer in Reichenbach i. Schl. und als deren Inhaber der Kaufmann Erich Schwarzer in Reichenbach i. Schl. eingetragen worden. Amtsgericht Reichenbach i. Schl.

Bilder gerahmt u. ungerahmt **Werksta.t: Moderne Bilder-Einrahmungen Photographieständer Gebr. Wenzel,** Oderstraße 4. Teleph.. Ring 748.

Verantwortlich für den politischen Teil: Otto Kretschmer; für den provinziellen und den weiteren Inhalt der Zeitung: Otto Herrmann, beide in Breslau. — Druck von Wilh. Gottl. Korn